

Frau Yvonne Schmalfuß

nicht entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Körner	Beauftragter für Wirtschaftsförderung	gesamte Sitzung
Herr Stempell	SB Wirtschaftsförderung	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Romy Rosenbaum, Bereichsleiterin Agentur für Arbeit Plauen	TOP 2.
Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland	TOP 3.
Vertreter der Presse	

Tagesordnung - öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2. Tagesordnung
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 28.10.2024
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen der Bürgermeisterin
2. Die Entwicklung auf dem vogtländischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Jahr 2024 und Ausblick auf die Themenschwerpunkte 2025 durch Frau Romy Rosenbaum, Bereichsleiterin Agentur für Arbeit Plauen
3. Aktuelle Situation im Jobcenter Vogtland durch Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland
4. Antrag der CDU-Fraktion - Auswertung City-Ticket -, Reg.-Nr. 29-24 - Stellungnahme der Verwaltung
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die 4. öffentliche Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses wird von Bürgermeisterin Kerstin Wolf durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Bürgermeisterin Kerstin Wolf darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Wirtschaftsförderungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, und Stadtrat Markus Witte, AfD-Fraktion, bestellt.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Wirtschaftsförderungsausschusses mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern gewährleistet ist.

1.2. Tagesordnung

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, erklärt, dass der TOP 4., Antrag der CDU-Fraktion – Auswertung City-Ticket -, **Reg.-Nr. 29-24** – Stellungnahme der Verwaltung, von der Tagesordnung abgesetzt werde, da die Stellungnahme der Verwaltung bereits umfangreich über die Presse kommuniziert worden sei. Nach Absprache mit der CDU-Fraktion werde der Antrag, sollte er aufrechterhalten werden, in der nächsten Ausschusssitzung behandelt.

Die Mitglieder des Wirtschaftsförderungsausschusses stimmen der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 28.10.2024

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

1.5. Informationen der Bürgermeisterin

Es liegen keine Informationen vor.

2. Die Entwicklung auf dem vogtländischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Jahr 2024 und Ausblick auf die Themenschwerpunkte 2025 durch Frau Romy Rosenbaum, Bereichsleiterin Agentur für Arbeit Plauen

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, begrüßt Frau Romy Rosenbaum und merkt an, dass auch in ihrem Fachbereich der Rückgang an Anträgen sichtbar und die aktuellen Schwierigkeiten der Bauindustrie deutlich erkennbar seien. Im Vergabeausschuss nehme die Zahl der sich an den Losen bewerbenden Firmen ebenfalls wieder drastisch zu. Bereits daran sei die momentane Arbeitsmarktsituation erkennbar.

Frau Romy Rosenbaum, Bereichsleiterin Agentur für Arbeit Plauen, erläutert anhand einer Präsentation die Entwicklung auf dem vogtländischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Sie informiert darüber, dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Jahresende im Agenturbezirk Plauen feststellbar sei. So sei die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 10 % zum Vorjahr, im Bereich des Bürgergeldes um 0,4 % gestiegen. Sie erklärt, dass auch im Bereich der freien Stellen eine negative Veränderung wahrnehmbar sei. Es werden weniger offene Stellen gemeldet, die Einstellungsbereitschaft der vogtländischen Unternehmen gehe durch die wachsende Unsicherheit zurück. Hier sei ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahresmonat von über 22 % zu verzeichnen. Das heißt, mehr als jede fünfte

Stelle werde nicht mehr gemeldet. Frau Rosenbaum betont jedoch, dass noch immer 2.000 Stellen offen seien und ein großer Bedarf an Fachkräften mit einem guten Qualifikationsniveau, der Bereitschaft zum Arbeiten und ausreichend Sprachkenntnissen bestehe.

Sie geht des Weiteren auf die aktuellen Zahlen in der Kurzarbeit ein und erklärt, dass die Top 3 der Betriebe mit beantragter Kurzarbeit in den Bereichen Textilherstellung, Metallindustrie und Maschinenbau liegen. Das aktuelle Niveau der Unternehmensinsolvenzen liege aktuell auf dem des Jahres 2018.

Frau Rosenbaum informiert darüber, dass der Fokus in 2025 noch mehr als bisher auf die digitalen Angebote gelegt werde.

Stadträtin Diana Simon, AfD-Fraktion, bezieht sich auf die in der Präsentation genannte Unterstützung junger Menschen beim Start in das Berufsleben. Sie berichtet von einem Fall aus ihrem privaten Umfeld, bei dem es um die finanzielle Unterstützung beim Erwerb des Führerscheines eines 22-jährigen Fachlageristen gehe. Die Agentur für Arbeit habe diese Unterstützung abgelehnt, obwohl der junge Mann bereits eine Zusage für einen Arbeitsplatz gehabt habe. Sie fragt nach dem Grund für die Ablehnung.

Frau Rosenbaum erklärt, dass nur in besonders begründeten Fällen die Finanzierung des Führerscheines genehmigt werde. Der Erwerb des Führerscheins sei in der Regel private Daseinsfürsorge.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, fragt, welche Schlüsse die Agentur für Arbeit aus den durchaus durchwachsenen Prognosen für 2025 ziehe und welche Prognose für das Jahr 2026 anhand der aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen sowohl im Vogtland als auch in Deutschland abgegeben werden könne.

Frau Rosenbaum erklärt, dass die aktuelle Lage durchaus herausfordernd sei. Im Vogtlandkreis gebe es neben der voraussichtlich steigenden Arbeitslosigkeit und leerer Finanzkassen auch das große Problem der Demografie.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, verweist auf die im vergangenen Jahr deutlich abgekühlte wirtschaftliche Lage und fragt, welche Zahlen im Bereich der Insolvenzen prognostiziert werden können.

Des Weiteren fragt er, wie viele Menschen hinter den genannten Insolvenzen stehen und um welche Betriebsgrößen es sich hier handle.

Stadtrat Eckardt fragt weiter, ob im Bereich des Ausbildungsmarktes deutlich werde, dass Jugendliche, die jetzt in die Ausbildung einmünden, häufiger große Defizite aufweisen und sich hier eine Art Corona-Effekt zeige.

Frau Rosenbaum erklärt, dass sie die Zahl der von Insolvenz betroffenen Menschen sowie die Betriebsgrößen nachreichen werde.

Zu den Defiziten der Schulbildung von Jugendlichen möchte sich Frau Rosenbaum nicht äußern. Was sie und ihre Kollegen jedoch wahrnehmen, ist die zum Teil fehlende Reife sowie Defizite in der Fähigkeit zu kommunizieren.

Stadtrat Lars Legath, BSW-Fraktion, verweist auf den relativ starken Anstieg in den letzten beiden Jahren bei den unversorgten Bewerbern und fragt, was die Agentur für Arbeit hier unternehme.

Frau Rosenbaum erklärt, dass es sich bei den unversorgten Bewerbern teilweise um junge Menschen aus anderen Ländern mit Sprachdefiziten handle. Das große Problem sei hier, dass nicht genügend Berufsschulplätze angeboten werden. Die Agentur für Arbeit bemühe sich gemeinsam mit dem Landesamt für Schule und Bildung um die Vermittlung dieser Jugendlichen. Des Weiteren gebe es viele Jugendliche, die sich erst sehr spät um einen Ausbildungsplatz bemühen. Hier werde im Rahmen der Nachvermittlungskaktion versucht, diese Jugendlichen auch über den 30.10. hinaus noch zu vermitteln. Projekte in dem Sinne

seien an der Stelle schwierig. Hier sei eine individuelle und intensive Vermittlung zielführender.

Stadtrat Legath merkt an, dass es schon immer auch Jugendliche gab, die sich erst sehr spät um eine Ausbildung kümmern.

Frau Rosenbaum erklärt, dass sich die Berufsberater intensiv in der Nachvermittlungsjaktion um diese Jugendlichen kümmern.

Stadtrat Legath fragt, wie viele Anträge bei der Agentur für Arbeit prozentual im letzten Jahr digital gestellt wurden.

Frau Rosenbaum informiert darüber, dass der Anteil der online gestellten Anträge bei etwas mehr als 80 % liege. Jeder Kunde werde dazu aufgefordert, den Antrag online zu stellen. Ausnahme hier seien Menschen, die aufgrund von körperlichen oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen dazu nicht in der Lage sind.

Stadtrat Legath fragt weiter, wie die Angebote in Bezug auf die Qualifizierung weiterentwickelt wurden.

Er bezieht sich außerdem auf den in der Präsentation genannten Bedarf an Bäckern und verweist auf die vielen, dem gegenüber stehenden Betriebsauflösungen und Insolvenzen von Bäckerbetrieben. Er fragt hier nach der Entwicklung in den einzelnen Handwerksbereichen. Des Weiteren fragt er, was sich in den letzten Jahren beim Arbeitgeberservice getan habe und wie versucht werde, hier Betriebe zu generieren freie Stellen zu melden.

Frau Rosenbaum erklärt, dass es bei den Qualifizierungen vorrangig darum ginge, Wissen zu vermitteln und einen Abschluss zu generieren. Hier gebe es verschiedene Möglichkeiten in Form von Umschulung oder Teilqualifizierung. Dies werde weiterhin forciert. Weniger forciert werden soll die Form des Bewerbungstrainings.

Frau Rosenbaum bestätigt die Aussage von Stadtrat Legath bezüglich des vermehrten Rückgangs an Bäckereibetrieben im Vogtlandkreis. Sie verweist jedoch darauf, dass es auch Bäckereien gab, die aufgrund fehlender Nachfolge schließen mussten. Diese Unternehmen tauchen nicht in der Statistik auf.

Zu der Frage nach dem Arbeitgeberservice erklärt Frau Rosenbaum, dass nicht mehr jede offene Stelle von den Unternehmen gemeldet werde. Sie erklärt, dass Arbeitgeber, die mehrmals erfolglos über den Arbeitgeberservice versucht haben, geeignete Mitarbeiter zu finden, die Stelle nicht mehr erneut melden werden.

Herr Daniel Herold, sachkundiger Einwohner, verweist auf die seit dem 01.01.2025 dritte rechtswirksame Stufe des Bürgergeldes, die vorsieht, dass Qualifizierungsmaßnahmen in der freien Vergabe von Bildungsgutscheinen durch die Agentur für Arbeit finanziert werden. Er fragt, was man sich von diesem rechtlichen Schritt für die Zukunft erhoffe und was diesbezüglich für die Qualifizierungen im Vogtlandkreis und in Plauen zu erwarten sei.

Frau Rosenbaum erklärt, dass die Regelung mit dem Haushaltsfinanzierungsgesetz gekommen sei. Hierbei ginge es weniger um Qualifizierung, sondern mehr um die Haushaltsfinanzierung. Die Entscheidung, die Qualifizierungen der Bürgergeldbezieher ab 2025 aus dem Versichertenhaushalt der Agentur für Arbeit zu finanzieren, wurde von der Bundesregierung getroffen. Es werde keine qualitative oder quantitative Veränderung bei der Qualifizierung erwartet.

Der vom Jobcenter erstellte Plan des zu erwartenden Bedarfs wurde von der Agentur für Arbeit wurde 1:1 übernommen.

Stadtrat Herold stellt fest, dass es immer wieder zu Qualifizierungswellen für einzelne Bereiche komme. Er fragt, inwiefern es hier eine Grenze gibt.

Frau Rosenbaum erklärt, dass hier ausschließlich der Bedarf entscheide.

Stadtrat Markus Witte, AfD-Fraktion, verweist auf seine Anfrage aus der 1. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 16.09.2024, in der es um die geplante Umsiedlung des Prüfungsbereiches Fachinformatik nach Chemnitz ging und fragt, ob es regelmäßige Gespräche mit der IHK und der Handwerkskammer gibt und dort auch solche Themen diskutiert werden.

Frau Rosenbaum erklärt, dass regelmäßige Abstimmungen zwischen Frau Kober, Frau Spiegel, Leiterin der Agentur für Arbeit Plauen und Frau Krieger, Geschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer, Regionalkammer Plauen, sowie der Handwerkskammer stattfinden. Allerdings obliegen Themen wie Prüfungsorte der Entscheidung der Kammern.

Bürgermeisterin Wolf schlägt vor, Frau Krieger in eine der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsförderungsausschusses einzuladen.

Die Präsentation wird den Fraktionen im Ratsinformationssystem Session zur Verfügung gestellt.

3. Aktuelle Situation im Jobcenter Vogtland durch Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, begrüßt Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland.

Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland, informiert darüber, dass das Jobcenter Vogtland im Jahr 2025 keinen Beschäftigtenaufwuchs haben werde. Es werden hier lediglich Ersatz Einstellungen vorgenommen. Trotz der nahezu unveränderten Hilfebedürftigkeit werden im Jahr 2025, aufgrund des vom Bund beschiedenen Haushaltes, außerdem mindestens 10 Vollzeitäquivalente abgebaut.

Sie erläutert die aktuelle Situation im Jobcenter Vogtland anhand einer Präsentation.

Frau Kober geht auch auf die aktuelle Situation bei den ausländischen Jugendlichen ein und betont, dass diese dem Jobcenter besonders am Herzen liegen. Da die aktuelle Situation an den Schulen momentan aufgrund von überfüllten DaZ-Klassen und des bestehenden Lehrermangels sehr herausfordernd sei, verlasse ein Großteil dieser Jugendlichen die Schule ohne Abschluss. Die Vermittlung gestalte sich demzufolge sehr schwierig. Hier werden dringend Unternehmen benötigt, die engagiert sind, im Berufspraktika die deutsche Sprache zu vermitteln. Die Gesamthaushaltsituation des Bundes führe dazu, dass es auch bei den Sprachkursen Einsparungen geben werde.

Frau Kober informiert über das Förderinstrument „Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit produktionsorientiertem Ansatz (BvB-Pro)“. Dies werde allerdings nur mit 50 % aus der Kasse der Agentur für Arbeit finanziert. Für die restlichen 50 % müssten Unternehmen gefunden werden, die bereit wären, einen solchen Zufinanzierungsanteil zu leisten. Bisher konnte hierfür jedoch im Vogtland trotz aller Bemühungen noch kein Unternehmen gewonnen werden.

Frau Kober erklärt, dass 60 % der Erstanträge auf Bürgergeld mittlerweile digital gestellt werden. Das Jobcenter Vogtland sei hier im bundesweiten Vergleich mit einer der höchsten Anteilsquote vertreten.

Sie verweist auf die Freischaltung der neuen Jobcenter-App ab dem 15.01.2025.

Bürgermeisterin Wolf dankt Frau Kober für die Präsentation und verweist auf die hervorragende Arbeit der Agentur für Arbeit Plauen und des Jobcenters Vogtland.

Herr Daniel Herold, sachkundiger Einwohner, bezieht sich auf die Aussage von Frau Kober, dass die Bedarfe bei den Bedarfsgemeinschaften und den Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten steigen und zu erwarten sei, dass es mehr Langzeitarbeitslose geben werde. Er kann daher den Abbau von 10 Vollzeitäquivalenten nicht nachvollziehen Er fragt

nach der Umsetzbarkeit.

Frau Kober verweist darauf, dass im Jobcenter nicht von Arbeitslosigkeit, sondern von Bedürftigkeit die Rede sei. Sie erklärt, dass die in der Präsentation angegebenen Zahlen ca. 20 % aller Leistungsempfänger beinhalten, die in irgendeiner Form einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihr Einkommen aufstocken müssen.

In der Prognose für 2025 geht Frau Kober davon aus, dass es im Jobcenter Vogtland keinen gravierenden Anstieg der Hilfebedürftigkeit geben werde.

Sie erklärt, dass die Ergebnisse des Jobcenters zeigen, dass auch mit weniger Personal sehr gute Ergebnisse erreichbar seien. Dies sei jedoch nur mit einer guten Binnenorganisation, einer guten Qualifikation der Beschäftigten und der Unterstützung der digitalen Möglichkeiten machbar.

Stadtrat Lars Legath, BSW-Fraktion, drückt sein Bedauern darüber aus, dass es in diesem Jahr weitere Einsparungen bei den Deutschkursen geben werde. Umso erfreulicher sei jedoch, dass versucht werde, dies durch Projekte mit Arbeitgebern teilweise auszugleichen.

Stadtrat Legath fragt nach der Zahl von Bedarfsgemeinschaften bei der die Menschen einer Erwerbstätigkeit nachgehen und aufstocken müssen.

Des Weiteren fragt er nach der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von der Antragstellung bis zum Bescheid. Er berichtet darüber, dass er momentan eine Person begleite, die neben der Erwerbstätigkeit Bürgergeld beantragt habe. Stadtrat Legath weist hier das Jobcenter bereits seit 3 Monaten auf eine drohende Überzahlung hin. Bisher erfolgte keine Reaktion seitens des Jobcenters obwohl Unterlagen vorliegen, die diese drohende Überzahlung nachweisen könnten.

Er fragt weiter nach der Höhe der Erstattungsansprüche mit anderen Trägern, speziell der Stadt Plauen, und deren Entwicklung.

Frau Kober erklärt, dass sie die konkreten Zahlen zur Anzahl der aufstockenden Bedarfsgemeinschaften nachreichen werde.

Sie informiert darüber, dass durchschnittlich 25 Tage von der Antragstellung bis zum Bescheid benötigt werden. Es kann zu Verzögerungen bei Menschen mit Beschäftigung kommen, da hier das Erwerbseinkommen angegeben werden muss um einen Bedarf zu ermitteln. Solange diese Nachweise nicht oder nur unvollständig eingereicht werden, könne ein solcher Antrag nicht bearbeitet werden.

Frau Kober weist darauf hin, dass die Verrechnung der sogenannten vorrangigen Leistungen gegenüber der Stadt Plauen, wie beispielsweise Wohngeld, nicht nach Kommunen ausgewiesen werde.

Die Präsentation wird den Fraktionen im Ratsinformationssystem Session zur Verfügung gestellt.

4. Antrag der CDU-Fraktion - Auswertung City-Ticket -, Reg.-Nr. 29-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Mit Einverständnis des Wirtschaftsförderungsausschusses wurde der TOP 4. von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsförderungsausschusses die Firma Gustav Obermeyer GmbH & Co. KG zu besuchen.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, befürwortet den Vorschlag und berichtet über das Industriemuseum der Firma Gustav Obermeyer GmbH & Co. KG.

Stadtrat Lars Legath, BSW-Fraktion, fügt hinzu, dass umgekehrt auch kleinere, traditionsreiche Unternehmen in den Wirtschaftsförderungsausschuss eingeladen werden könnten.

Stadträtin Wolf erklärt, dass sie diesen Vorschlag gerne mitnimmt.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Ingo Eckardt
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Monika Schott
Schriftführerin

Markus Witte
Stadtrat